

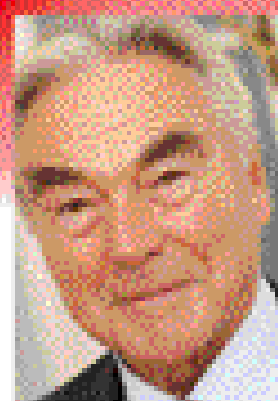
Das Wochenmagazin der SPÖ · www.spoe.at

SPÖ

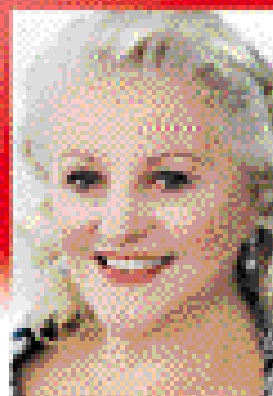
Aktuell

22. Jänner 2010 · Nr. 2 · 0,73 Euro

Kommentar von
SPÖ-Klubobmann Josef Cap



Beppo Mauhart



Marika Lichter



Peter Pacult

26.1. - 1.2.2010

ORF

Wahl zum

Publikumsrat
des ORF 2010



Daniela Zimmer



Corina Kerner



Siegfried Meryn

**Mehr Österreich –
mehr ORF** Jedes Fax zählt!

Diese Woche ist es soweit – die ORF-Publikumsratswahl startet. Vom 26. Jänner bis zum 1. Februar 2010 sind alle gebührenden Österreicherinnen und Österreicher eingeladen, bei der Wahl zu einem der wichtigsten Entscheidungsgremien des ORF mitzustimmen. Die SPÖ tritt mit einem sechsköpfigen Spitzenteam an, das die Interessen der Zuseherinnen und Zuseher kompetent vertreten wird. Unser dieswöchiges „SPÖ Aktuell“ steht daher ganz im Zeichen der ORF-Publikumsratswahl: Wir stellen unsere Kandidatinnen und Kandidaten vor und liefern Hintergründe und Wissenswertes rund um diese wichtige Wahl. SPÖ-Klubobmann und Mediensprecher Josef Cap rundet mit seinem Kommentar unser dieswöchiges Schwerpunktthema ab.

Mehr Transparenz und Fairness sowie eine klare Absage an das ÖVP-Transferkonto – das waren die Kernaussagen bei der großen parlamentarischen Enquete zur Verteilungsgerechtigkeit. Worum es geht, hat Sozialminister Rudolf Hundstorfer klar formuliert: „Weniger Belastung produktiver Arbeit, mehr Belastung unproduktiver Kapitaleinkünfte“.

Eure Redaktion

Highlights der Woche

ORF-Publikumsratswahl	4
Formular zur Publikumsratswahl	6
Banken-Solidarabgabe	7
Hypo und FPK	8
Enquete zur Verteilungsgerechtigkeit	9
Gemeinderats-Wahlkampfauftakt SPÖ-NÖ	13
Kommentar von Josef Cap	14



Konjunkturmaßnahmen zeigen Wirkung

Die Konjunkturmaßnahmen der Regierung zeigen Wirkung: Österreich liegt nicht nur bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit europaweit im Spitzenfeld, auch das Budgetdefizit ist deutlich geringer als erwartet. Mit 3,5 Prozent unterschreitet es die EU-Schätzung von 4,2 Prozent deutlich. ♦

mitreden.spoe.at

Meinungsforum:
Sorgt die Banken-Solidarabgabe für mehr Verteilungsgerechtigkeit?

Die Banken haben massiv von den staatlichen Auffangnetzen profitiert – und sie sollen jetzt auch einen Beitrag zur Krisenfinanzierung leisten. Rund 500 Millionen Euro könnte die von Bundeskanzler Werner Faymann geforderte Bankenabgabe jährlich bringen – ein wichtiger Beitrag zur Verteilungsgerechtigkeit.

Diskutieren Sie unter **mitreden.spoe.at** mit, ob eine Banken-Solidarabgabe eine treffsichere Maßnahme für mehr Verteilungsgerechtigkeit ist.



picturedesk

Doppelter Erfolg für Österreich: Michael Haneke und Christoph Waltz sind die strahlenden Golden Globe-Gewinner.

Zwei Golden Globes für Österreich

Gleich zwei heimische Künstler bekamen vor kurzem den renommierten Golden Globe-Award: Regisseur Michael Haneke für seinen Film „Das weiße Band“ und Schauspieler Christoph Waltz in der Kategorie beste Nebenrolle. Bundeskanzler Werner Faymann betonte, dass diese „Würdigung zweier außerordentlicher Leistungen vielen Kulturschaffenden aus Österreich Ansporn und Motivation sein wird.“ Kulturministerin Claudia Schmied sprach von einem „großen Triumph“ und SPÖ-Kultursprecherin Sonja Ablinger freute sich über einen „doppelten Sieg für Österreich“. ♦

Zitat der Woche

„Während Arbeitnehmer bereits durch einen Nacktscanner laufen, werden Millionäre und die obersten Einkommen an diesen Untersuchungen vorbeigelotst.“

SPÖ-Finanzsprecher Jan Krainer zur Verteilungsgerechtigkeits-Debatte

Ein modernes Europa unter spanischem EU-Vorsitz

Spanien hat seit Jahresbeginn den EU-Ratsvorsitz inne und hat sich dabei viel vorgenommen – zum Beispiel die Modernisierung der Europäischen Union. Im Zentrum steht auch eine nachhaltige Sozialpolitik, sie ist für den Vizepräsidenten der S&D-Fraktion im Europäischen Parlament Hannes Swoboda „für eine Modernisierung der europäischen Wirtschaft unumgänglich“. Und auch der Kampf gegen Gewalt an Frauen steht auf der Agenda. „Es ist höchste Zeit, hier europaweit vorzugehen“, unterstreicht die SPÖ-EU-Abgeordnete Karin Kadenbach den fortschrittlichen Ansatz Spaniens. ♦



GdG-Archiv

Mindestsicherung: Start am 1. September 2010 fix

Die bedarfsorientierte Mindestsicherung wird nun definitiv mit 1. September dieses Jahres eingeführt und schafft ein bundesweit einheitliches Mindestniveau zur Armutsbekämpfung.

Darauf verständigten sich die Sozialreferenten der Bundesländer nun mit Sozialminister Rudolf Hundstorfer. „Die Bezieherinnen und Bezieher der bedarfsorientierten Mindestsicherung werden künftig stärker in Arbeitsmarkt-Maßnahmen eingebunden, damit sie möglichst schnell den Sprung zurück in die Arbeitswelt schaffen“, erklärt Hundstorfer. Für Sozialhilfebezieher gelten mit Einführung der Mindestsicherung die gleichen strengen Kriterien wie für Bezieher des Arbeitslosengeldes und der Notstandshilfe. ♦

Sozialminister Rudolf Hundstorfer: „Insgesamt 270.000 Menschen in Österreich profitieren von der bedarfsorientierten Mindestsicherung.“

Reuters



Der sozialistische Ministerpräsident José Luis Rodríguez Zapatero steht für die kommenden sechs Monate an der Spitze der EU.



STANDPUNKT

Wir brauchen eine neue Moral!

„Bratislava ist nur 60 Kilometer von Wien entfernt“, hört man aus Finanzkreisen, wenn es um den Vorschlag von Bundeskanzler Werner Faymann nach einer Solidarabgabe für Banken geht.

Das ist, mehr noch als ein Hohn, einfach moralisch verwerflich und schlicht unverschämt. Vor einem Jahr urgierten die Banken mehrere Milliarden Euro zur Sicherstellung ihres Weiterbestehens, nachdem sie in die Krise gekommen sind. Der Staat ist eingesprungen – es blieb ihm auch im Interesse des Wirtschaftsstandorts und der österreichischen Sparer, die um ihre Einlagen zitterten, nichts anderes übrig. Mittlerweile ist wieder von positiven Bilanzen und Bonuszahlungen für Bankmanager zu lesen.

Gleichzeitig muss der Staat die Schulden, die er im Zuge der Krisenbekämpfung gemacht hat, abbauen.

Es wäre nicht nur eine Frage der Fairness sondern auch eine der moralischen Verpflichtung, dass die Banken ihren Beitrag dazu leisten.

Jetzt hat Bundeskanzler Werner Faymann den Vorschlag einer Solidaritätsabgabe für Banken gemacht. Dabei sollen Banken lediglich 0,07 Prozent von ihrer Bilanzsumme (zzgl. anderer Faktoren, wie z.B. deren Risikogewichtung) als solidarische Abgabe leisten. Mindestens eine halbe Milliarde Euro könnte die Maßnahme bringen. 0,07 Prozent !!! – das ist weder unverschämt noch übertrieben – es ist gerecht! Die Reaktion der Banken? Sie drohen. Nämlich mit zwei Dingen: Zum ersten die für sie entstehenden Kosten an ihre Kunden weiterzugeben – aber das ist nach Kartellrecht unerlaubte Preisabsprache. Und zweitens drohen sie auszuwandern.

Für wie klein halten die Banken Österreich und die Österreicher – wir wollen 0,07 Prozent, als Beitrag dafür, dass wir Steuerzahler die Banken aus der Krise geholt haben – wie abgehoben muss man sein, um zu glauben, dem Land drohen zu können? Und viel mehr noch: wie unmoralisch und unverschämt? Ein Staat ist nicht erpressbar, wenn er zusammenhält – umso verwunderlicher ist es, dass die ÖVP gleich im vorausseilenden Ge-



Die Banken – aber auch die ÖVP – sind aufgerufen zu offenbaren, ob sie mit dem Begriff der „moralischen Integrität“ etwas anfangen können.

horsam vor den Banken in die Knie geht und stattdessen lieber eine Scheinmaßnahme – wie das Transferkonto – diskutiert.

Ist das Leistungsgerechtigkeit? Wie fühlt sich eine Verkäuferin, wenn sie hört, dass beim Hypo-Deal jemand kolportierte 150.000 Euro steuerfrei für zwei Unterschriften bekam – ein Betrag, für den sie 10 Jahre arbeiten müsste und für den man bis zu 40 Prozent Steuern und Abgaben zahlt. Wie fühlt sich jemand, dessen Kurzarbeit bald ausläuft. Und gleichzeitig drohen Banken wegen 0,07 Prozent Solidarbeitrag nach Bratislava auszuwandern.

Wir brauchen eine neue Moral!

So wie die Verkäuferin, der Lehrer, der Politiker, der Unternehmer, muss auch eine Bank eine gesellschaftliche Verantwortung haben. Der Gedanke „alles geht“, man darf nur kein

Fotolia

„Die Banken-Solidarabgabe brächte Österreich rund 500 Millionen Euro jährlich für das Budget.“

Gewissen haben – hat zu dieser Krise geführt. Er ist definitiv nicht geeignet uns wieder da raus zu holen.

Alle sollen gerecht verteilt ihren Beitrag zu gesellschaftlichem Wohlstand und dem Sozialstaat leisten und sich nicht aus der Verantwortung stehlen.

Die SPÖ steht daher für eine Entlastung produktiver Arbeit und eine Belastung unproduktiver Einkünfte. Dies erreichen wir durch die Finanztransaktionssteuer, die Abschaffung der Spekulationsfrist und durch eine Begrenzung der steuerlichen Absetzbarkeit von Managergehältern als Betriebsausgaben.

Leistungskürzungen im Sozialstaat betreffen in erster Linie jene, die bereits jetzt schon für die Krise zahlen, obwohl sie sie nicht verursacht haben. Daher hat es nicht nur eine symbolische Bedeutung, wenn die SPÖ ein Drei-Punkte-Programm für die Banken fordert. Es sollen auch jene die Krisenlasten tragen, die zuerst durch den Steuerzahler gerettet worden sind.

Die Banken-Solidarabgabe brächte Österreich rund 500 Millionen Euro jährlich für das Budget. Auch eine bessere Bankenregulierung durch Nationalbank und Finanzmarktaufsicht führen zu einem Mehr an Verteilungsgerechtigkeit. Als dritter Punkt sollen Boni-Regelungen für jene Banken strenger kontrolliert werden, die bereits Staatshilfe empfangen haben.

Das sind Forderungen, die fair sind, die wirtschaftlich vertretbar sind, die aber eine Grundvoraussetzung zu ihrer Erfüllung brauchen: Eine neue Moral jener, die uns in diese Krise geführt haben. Die Banken – aber auch die ÖVP – sind aufgerufen zu offenbaren, ob sie mit dem Begriff der „moralischen Integrität“ etwas anfangen können. ♦

Mehr Österreich – mehr ORF

Vom 26. Jänner bis 1. Februar 2010 findet die Wahl zum Publikumsrat des ORF statt. Alle gebührenzahlenden Österreicherinnen und Österreicher können mitstimmen.

„Ich setze mich für spezielle ORF-Programmschwerpunkte zu Themen ein, die meine Generation interessieren. Wir brauchen einen eigenständigen, kreativen, informativen, verständlichen, gesunden, spannenden und unterhaltsamen Österreichischen Rundfunk.“

Beppo Mauhart

Die Wahl zum ORF-Publikumsrat gibt allen Zuseherinnen und Zusehern sowie Zuhörerinnen und Zuhörern die Möglichkeit, ihren ORF aktiv mitzugestalten“, macht SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter auf die Wichtigkeit der Wahl aufmerksam. Es geht um die Interessen der Konsumenten des größten österreichischen Medienunternehmens. Der Publikumsrat ist eines der wichtigsten Entscheidungsgremien des ORF. Er setzt sich aus 35 Mitgliedern zusammen, von denen sechs von den Rundfunkteilnehmern direkt gewählt werden. Drei dieser sechs direkt gewählten Publikumsräte werden auch in den Stiftungsrat entsandt.



Beppo Mauhart präsentierte gemeinsam mit dem PVÖ seine künftigen Arbeitsschwerpunkte.

Die SPÖ unterstützt Marika Lichter, Corina Korner, Beppo Mauhart, Siegfried Meyr, Peter Pacult und Daniela Zimmer, die direkt die Wünsche und Interessen der ORF-Kunden vertreten sollen und sich für deren Interessen kompetent und glaubwürdig einsetzen werden.



Sechs Mitglieder des Publikumsrats werden direkt von den Rundfunkteilnehmern gewählt.

Beppo Mauhart: Programmschwerpunkte für die Generation 50-plus

Im Bereich „Ältere Menschen“ tritt Beppo Mauhart, ehemaliger Vorstand der Austria Tabak und legendärer Präsident des Österreichischen Fußballbundes, an. „Der ORF als zum Teil gebührenfinanzierter Sender ist besonders in der Pflicht, seinen öffentlich-rechtlichen Informations- und Bildungsauftrag zu erfüllen“, so Mauhart, der seine konkreten Arbeitsschwerpunkte für den ORF skizziert:

- » Mehr Programmschwerpunkte für die 50-plus-Generation
- » Nachrichten, Informations- und Servicesendungen, die ausreichend informieren und aufklären
- » Mehr Informationen zu Prävention und Gesundheit
- » Weiterentwicklung der EU-Berichterstattung
- » TW1 als neuer Informations- und Kultursender
- » Pressestunde für Seniorenvertreter
- » Ausbau der Barrierefreiheit
- » Aufwertung des ORF-Publikumsrats ♦

INFO

Wie können Sie wählen?

Wahlberechtigt sind alle als Gebührenzahler erfassten Rundfunkteilnehmer. Die Stimme wird mit Hilfe eines Faxformulars abgegeben.

Auf diesem Stimmzettel gibt es sechs Felder für die verschiedenen Bereiche, in die die Wahlcodes eingetragen werden. Ebenso gültig ist das Ersatzwahlformular von Seite 6, in dem bereits die Wahlcodes der SPÖ-Kandidatinnen und Kandidaten eingedruckt sind.

Einzutragen ist noch die 10-stellige Teilnehmernummer. Die Nummer findet man auf dem Kontoauszug (bei Bankeinzug der GIS-Gebühr), dem Zahlschein für die GIS-Gebühr, dem Bescheid der Gebührenbefreiung oder man kann sie bei der Service-Hotline 0800 212 012 erfragen.

Um zu wählen, muss das ausgefüllte Wahlformular an die Gratis-Faxnummer 0800 208 108 gefaxt werden.

Ein starkes Kandidaten-Team

Marika Lichter, Corina Korner, Siegfried Meryn, Beppo Mauhart, Peter Pacult und Daniela Zimmer sollen die Wünsche und Anliegen der ORF-Kundinnen und ORF-Kunden vertreten.



Wahlcode **B 0402**

Mehr Präsenz für heimische Künstler

Marika Lichter, geboren 1949 in Wien, bekannt als Musical-Darstellerin in vielfältigen Rollen auf Bühnen im In- und Ausland. Vielen ist sie auch durch ihren Sieg bei „Dancing Stars“ 2005 ein Begriff, wo sie zum Publikumsliebbling avancierte. Lichter betreibt eine Agentur für Künstler und Veranstaltungen und steht seit 20 Jahren für die Organisation und Betreuung der Benefizgala „Wider die Gewalt.“ Lichter will sich für mehr Präsenz für heimische Autoren und Komponisten einsetzen. ◆



Wahlcode **J 0220**

„Jugend ernst nehmen“

Die 23jährige Mag.a **Corina Korner** studierte Kommunikationswissenschaften und leitet beim ASKÖ das Jugendreferat. Korner hilft bei der Organisation der Judo-EM 2010 in Wien mit und ist für die Nachwuchsarbeit im Judoclub Vienna Samurai verantwortlich. Klar, dass ihr die jungen ORF-Kunden und der Sport ganz besonders am Herzen liegen: „Kinder und Jugendliche müssen als Zielgruppe des ORF eine besondere Rolle spielen!“ ◆



Wahlcode **E 0032**

TV-Doktor mit Mission

Univ. Prof. Dr. **Siegfried Meryn** (55) ist Internist und stellt sein Wissen seit mehr als 15 Jahren in der ORF-Sendung „Willkommen Österreich“ einem Millionenpublikum zur Verfügung. Die von ihm gegründete Initiative „Nein zu arm und krank“ engagiert sich für arme und kranke Menschen, damit sie die bestmögliche medizinische Versorgung erhalten. Siegfried Meryn vertritt bereits seit 2006 kompetent und erfolgreich die Interessen der ORF-Kunden. ◆



Wahlcode **A 0274**

Programmpaket für reife Hörer und Seher

Mit den Austria-Tabak-Werken schrieb der 1933 im oberösterreichischen Enns geborene **Beppo Mauhart** heimische Wirtschaftsgeschichte. Für den österreichischen Fußball verkörperte Mauhart von 1984 bis 2002 den legendären Präsidenten. Mauhart will ein Schwerpunktprogramm für die älteren ORF-Zuseher und -Zuhörer umgesetzt wissen und hat sich bereits erfolgreich für den Ausbau der Barrierefreiheit des ORF stark gemacht. ◆



Wahlcode **S 0377**

Voller Einsatz für den Sport

Die Fußballlegende **Peter Pacult**, Jahrgang 1959, wurde zweimal österreichischer Fußballmeister und zweimal Cupsieger. 1985 erreichte er mit Rapid Wien das Finale des Europacups der Pokalsieger. Derzeit ist er erfolgreicher Trainer des grün-weißen Wiener Traditionsvereins. Auf die Idee, sich im ORF-Publikumsrat für den Sport starkzumachen, brachte ihn Sportminister Norbert Darabos. „Wenn ich gewählt werde, bin ich mit vollem Einsatz dabei, auch für den Breitensport!“, verspricht Pacult. ◆



Wahlcode **K 0544**

Konsumentenschutz groß geschrieben

Mag.a **Daniela Zimmer**, Jahrgang 1966, Juristin und gefragte Arbeiterkammer-Expertin für Konsumentenschutz und moderne Medien, ist derzeit schon Mitglied im ORF-Publikumsrat. Ihre Schwerpunkte sind Telekommunikation, Internet, Medien, Datenschutz und die Liberalisierung öffentlicher Dienste. Zimmer setzt sich für kritische, objektive Informations- und Ratgeber-sendungen ein. Sie will auch darauf achten, dass Werbung und Information sauber getrennt werden. ◆

INTEGRATION

Stoppschild gegen Lohndumping

Die Regierung hat den „Nationalen Aktionsplan für Integration“ beschlossen. Die SPÖ konnte sich hier bei Festlegungen gegen Sozial- und Lohndumping durchsetzen. Weitere Neuerung: Auf Deutschkenntnisse wird mehr Wert gelegt.



Der NAP soll Integration fördern – ohne Lohn- und Sozialdumping.

Nach achtmonatigen Verhandlungen hat der Ministerrat den „Nationalen Aktionsplan für Integration“ (NAP) beschlossen. „Er trägt nun

werden tendenziell öfter für Tätigkeiten gesucht, die im Bereich der Schwarzarbeit liegen oder in denen schlechte Lohn- und Arbeitsbedingungen herrschen. Dies

die gemeinsame Handschrift der Regierung“, sagt Bundeskanzler Werner Faymann. Ein wichtiger Punkt der Verhandlungen war für die Sozialdemokratie, dass der neue Integrationsplan Lohn- und Sozialdumping verhindert und die Interessen des Arbeitsmarktes berücksichtigt. „Schwarzarbeit hemmt die Integration von Zuwanderern – sie muss auch aus diesem Grund wirkungsvoll bekämpft werden“, erläutert Sozialminister Rudolf Hundstorfer. Hintergrund: Migranten

wirkt nicht nur integrationshemmend, sondern schädigt auch die Wirtschaft. Generell betont Hundstorfer, dass sich die Zuwanderung an den Interessen Österreichs und damit an der Aufnahmefähigkeit des Arbeitsmarktes zu orientieren habe.

Deutschlernen wird Pflicht

Weiters im NAP festgelegt ist, dass Grundkenntnisse der deutschen Sprache stärker in den Mittelpunkt gerückt werden. Zuwanderer müssen Basis-Deutschkenntnisse vorweisen. Zielgruppe sind nachzugsberechtigte Familienangehörige aus Drittstaaten, nicht aber höher Qualifizierte, Asylwerber oder Saisonniers. Im Gegenzug soll Familienangehörigen der Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtert werden. Auch ausländische Studierende sollen nach einem positiven Abschluss in Österreich, unter bestimmten Bedingungen, arbeiten dürfen. ♦

BUDGET

Bundeskanzler fordert Banken-Solidarabgabe

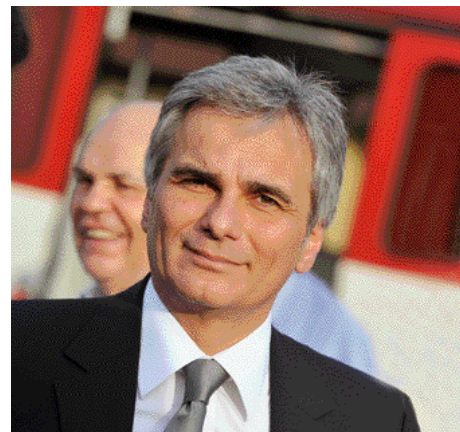
Ähnlich einem Vorschlag von US-Präsident Barack Obama soll auch in Österreich der Bankensektor seinen Beitrag zur Budgetkonsolidierung leisten.

Im Hinblick auf eine gerechte Lastenverteilung der Krisenbekämpfung wäre eine Solidarabgabe für Banken sinnvoll. Das von Bundeskanzler Werner Faymann geforderte Modell würde mindestens 500 Millionen Euro Mehreinnahmen jährlich bringen. Bei der Budgetkonsolidierung wird sich der Fokus zwar auf Einsparungen, Optimierungen und Effizienzsteigerungen im Verwaltungsbereich richten, doch auch der Bankensektor soll seinen Beitrag leisten, denn dieser hat mehrmals vom staatlichen Auffangnetz profitiert.

Die Befürchtung, dass sich die für die Banken entstehenden Kosten, negativ auf die Konsumenten auswirken, teilt Faymann

nicht: „Bei den großen Gewinnern und hohen Managergehältern galt diese Logik nicht. Für Kunden wurde es nicht billiger.“ Auch SPÖ-Finanzsprecher Jan Krainer befürwortet die Solidarabgabe: „Die Banken müssen einen Beitrag zur Krisenfinanzierung leisten – es kann nicht sein, dass der Staat in Zeiten der Krise mit Steuergeldern einschreitet, aber in Zeiten des Profits nicht am Gewinn beteiligt ist.“

Seinen Vorschlag sieht der Bundeskanzler als Diskussionsgrundlage. Technische Details seien erst nach einer prinzipiellen Einigung auf das Modell festzulegen. Positiv zu bewerten ist jedoch, dass die ÖVP den Vorschlag des Kanzlers prüfen will. ♦



Bundeskanzler Werner Faymann will eine gerechte Lastenverteilung.

BANKEN-SKANDAL

Strache holt Hypo-Krimi ins blaue Boot

Trotz schwerster Korruptionsvorwürfe wurde Uwe Scheuch zum neuen FPK-Chef gewählt. Indes weitet sich der Hypo-Skandal weiter aus – ein Ende ist noch gar nicht absehbar.



SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter kritisiert das System der „Günstlingswirtschaft“.

Der Hypo-Sumpf ist tief, der Aufklärungsbedarf groß – Justiz, Medien und Politik wird der Skandal wohl noch weitere zwei bis drei Jahre intensiv beschäftigen. Geldwäsche, Parteienfinanzierung, Korruption, Insiderhandel und andere schwerwiegende Vorwürfe stehen im Raum. „Buwog und Hypo sind bezeichnende Affären für ein System der Günstlings- und Freunderlwirtschaft der Jahre 2000 bis 2006. Der Dunstkreis von politischem Machtmissbrauch, Geschäftemacherei und Versorgung von Günstlingen mit Hilfe willfähriger Banken sowie damit verbundener Absicherung politischer Macht muss als katastrophale gesellschaftspolitische Missbildung der Jahre 2000 bis 2006 restlos aufgedeckt werden. Danach werden die richtigen Schlüsse im Kontroll- und Transparenz-

bereich zu ziehen sein“, stellt SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter dazu fest. Zur Wahl des unter Korruptionsverdacht stehenden FPK-Chefs Uwe Scheuch hält SPÖ-Bundesgeschäftsführerin Laura Rudas fest. „Damit hat Strache auch den Hypo-Krimi und den Korruptionsverdacht rund um Scheuch ins blaue Boot zurück geholt.“

Aufstockung der Staatsanwaltschaft

Endlich erfüllt wurde eine Forderung der SPÖ, allen voran Beamtenministerin Gabriele Heinisch-Hosek und SPÖ-Justizsprecher Hannes Jarolim: Bei der Staatsanwaltschaft Klagenfurt werden nun zwei zusätzliche Staatsanwälte und eine Bank-Expertin Licht ins Dunkel der Hypo-Causa bringen. ♦

KRANKENKASSEN

Grünes Licht für die Sanierungsziele 2010

Gesundheitsminister Alois Stöger hat grünes Licht für einen ambitionierten Konsolidierungskurs der Krankenkassen gegeben. Leistungskürzungen stehen nicht zur Debatte.

Die von den Sozialversicherungsträgern vorgelegten Finanzziele zur Sanierung der Kassen entsprechen den Vorgaben der Regierung: Die Träger verpflichten sich, im Jahr 2010 Kostendämpfungen von 197 Millionen Euro zu erreichen, im Gegenzug erhalten sie die von der Regierung in Aussicht gestellten 100 Millionen Euro aus dem neu geschaffenen Kassenstrukturfonds. Gesundheitsminister Stöger betont: „Kostendämpfung bedeutet, dass die Kassen besonders verantwortungsbewusst mit den Versichertengeldern umgehen müssen. Unser gemeinsames Ziel muss es sein, die Leistungen aus der Krankenversicherung in vollem Umfang zu erhalten und sukzessive auszubauen.“ Die Mittel aus dem Kassenstrukturfonds ergeben zusammen mit den 150 Millionen Euro



Als „wichtigen Schritt zur nachhaltigen Absicherung der Gesundheitsversorgung“ bezeichnet Gesundheitsminister Alois Stöger die Maßnahmen zur Kassensanierung.

reiner Entschuldung im Jahr 2010 einen wichtigen Schritt zur nachhaltigen Absicherung der Gesundheitsversorgung. Jeder Krankenversicherungsträger muss ein aus verschiedenen Teilzielen bestehendes Ge-

samtziel erreichen – werden diese erreicht, so fließen auch die Gelder aus dem Kassenstrukturfonds. Aufgeteilt werden sie nach dem Versichertenanteil.

Angemessener Beitrag der Kassen

„Mit der Absegnung der Finanzziele für die Kassensanierung sind die Krankenkassen nun verpflichtet, einen angemessenen Beitrag zum Gesundheitssystem in Österreich zu leisten“, begrüßt SPÖ-Gesundheitssprecherin Sabine Oberhauser die Einigung als „ersten wichtigen Schritt für die Sanierung der Kassen“. Positiv zu bewerten sei die gute Nachvollziehbarkeit der Ziele sowie die regelmäßige Evaluierung der Maßnahmen. ♦

VERTEILUNGSGERECHTIGKEIT

„Es geht um die Zukunft Österreichs“

In einer parlamentarischen Enquete zur Verteilungsgerechtigkeit stellte die SPÖ neuerlich klar: Es wird zu keiner Kürzung von Sozialleistungen kommen. Nun ist es an der Zeit, dass die Banken ihren Beitrag zur Krisenfinanzierung leisten.



SPÖ-Finanzsprecher Jan Krainer fordert einen „Nacktscanner für Millionäre“.

Fotos: SPÖ Klub
unter Verteilungsgerechtigkeit vor“, stellte der Sozialminister klar.

Jetzt müssen die Banken ihren Beitrag leisten

Für die Sozialdemokratie steht fest, dass nicht jene nochmals für die Krise bezahlen dürfen, die sie nicht verschuldet haben. „Im Sinne der Gerechtigkeit gegenüber den österreichischen Steuerzahlern sind die Banken nun gefordert, auch einen Beitrag zur Krisenfinanzierung zu

leisten – und zwar ohne Kosten auf Bankkunden abzuwälzen oder den Standort zu wechseln“, so SPÖ-Klubobmann Josef Cap, der sich der Forderung von Bundeskanzler Werner Faymann nach einer Banken-Solidarabgabe, strengeren Bestimmungen für Stiftungen, der Einführung einer Finanztransaktionssteuer und der Forderung nach einer Aufhebung der Spekulationsfrist anschloss.

Der Sozialstaat nützt allen

Es gilt, den österreichischen Sozialstaat abzusichern und soziale Dienstleistungen weiter auszubauen. Der Sozialstaat sichert nicht nur jeden einzelnen vor Risiken wie Krankheit und Arbeitslosigkeit ab, er ist auch ein positiver Standortfaktor und fördert Wohlstand und Produktivität. Josef Cap: „Es geht um die Zukunft Österreichs: Gerechtigkeit ist ein produktiver Faktor, der dazu beiträgt, das zarte Pflänzchen

„Ein geordneter, ein funktionierender und ein als gerecht empfundener Sozialstaat ist das Fundament für die Sicherheit und Stabilität eines Landes. Dafür steht die SPÖ.“

Sozialminister Rudolf Hundstorfer

Wirtschaftswachstum nicht gleich wieder abzuwürgen.“ Für die SPÖ steht fest: Verteilungsgerechtigkeit darf nicht nur ausgabenseitig gesehen werden und der Sparstift darf nicht bei den sozial Schwächsten angesetzt werden. Das Konzept der Sozialdemokratie lautet daher: Budgetkonsolidierung über Bankenabgabe, eine intelligente Verwaltungsreform und Beschäftigung. „Denn jeder Arbeitsplatz bedeutet weniger Sozialausgaben und mehr Einnahmen“, betonte Sozialminister Hundstorfer.

Sozialstaat ist Motor für wirtschaftliche Entwicklung

SPÖ-Finanzsprecher Jan Krainer unterstrich, dass der Sozialstaat „kein Hemmschuh, sondern ein Motor“ für die wirtschaftliche Entwicklung und Beschäftigung ist und hob die Wichtigkeit eines Sozialstaates hervor, der sich an die aktuellen Bedingungen anpasst. In seiner abschließenden Bilanz über die Enquete betonte Krainer, dass alle Beiträge sämtlicher Fraktionen gezeigt hätten, „wie unumstritten und unverzichtbar der österreichische Sozialstaat ist“.



Unter dem Titel „Verteilungs- und Leistungsgerechtigkeit in Österreich: Transparenz und Fairness“ diskutierten Politiker aller Fraktionen und namhafte Expertinnen und Experten bei der parlamentarischen Enquete über die Zukunft des österreichischen Sozialstaats.

DATENSCHUTZ

Mindestumsetzung bei Vorratsdatenspeicherung muss genügen

Der Österreichische Datenschutzrat vertritt die Auffassung, dass die EU-Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung nicht mit der Europäischen Grundrechte-Charta und dem Telekommunikations-Geheimnis in Einklang zu bringen ist.



Die Verbindungsdaten werden maximal sechs Monate lang gespeichert und nur nach gerichtlicher Anordnung verwendet.

Vor kurzem endete die Begutachtungsfrist für den von Infrastrukturministerin Doris Bures vorgelegten Entwurf für eine Novelle des Telekommunikationsgesetzes zur Umsetzung

der EU-Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung. „Wir begrüßen den Vorschlag einer Mindestumsetzung der Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung“, so Johann Maier, Vorsitzender des Österreichischen Datenschutzrates und SPÖ-Konsumentenschutzsprecher. Bures ist klar gegen eine Übererfüllung der Richtlinie – im Mindestmaß müsse sie allerdings umgesetzt werden, um Strafzahlungen Österreichs zu verhindern.

Die Daten dürfen nur für die Aufklärung von schweren Straftaten und nur mit richterlicher Genehmigung verwendet werden.

Maier betont, dass eine restriktive Definition für „schwere Straftaten“ erforderlich ist, da „die Richtlinie Anti-Terror-Maßnahmen dienen soll und nicht dem Fassen von Handtaschenräubern.“ Darüber hinausgehende Instrumente zur Verbrechensbekämpfung, wie sie Innen- und Justizministerium verlangen, sollen nicht in das Tele-

kommunikationsgesetz „hineingepackt“ werden. Der Datenschutzrat fordert in seinem Beschluss auch Informantenschutz und Ausnahmeregelungen für bestimmte Berufsgruppen, wie beispielsweise Journalisten, Seelsorger oder Ärzte.

Neuerliche Prüfung auf EU-Ebene

Die Richtlinie bereitet bereits mehreren EU-Mitgliedsstaaten Schwierigkeiten, da sie unter anderem nicht mit den europäischen Grundrechten in Einklang zu bringen ist. Die Infrastrukturministerin und der Datenschutzrat fordern daher eine nochmalige Analyse und Bewertung durch die EU-Kommission. Mit dem Vertrag von Lissabon hat sich das geltende europäische Primärrecht geändert, insbesondere durch die Europäische Grundrechte-Charta, die den Schutz der Privatsphäre ausdrücklich hervorhebt. ♦

VERKEHR

Coaching für mehr Sicherheit auf den Straßen

Mit dem neuen Verkehrscoaching wird erstmals eine verpflichtende Maßnahme bei der ersten 0,8-Promille-Übertretung verordnet.



Verkehrsministerin Doris Bures: „Es ist nicht tolerierbar, wenn man sein Leben oder das anderer durch Alkohol am Steuer gefährdet.“

Steuer kein Kavalierdelikt ist. Das machen wir mit den höheren Strafen für Hochrisikolenker, einer großen Bewusstseinskampagne und durch das neue Verkehrscoaching beim ersten Alko-Delikt.“ Das Coaching zielt auf die Reflexion des Handelns ab und soll das Verantwortungsbewusstsein der Teilnehmer stärken. ♦

Die Durchführung des Coachings erfolgt durch Rettungsorganisationen wie dem ASBÖ. Sanitäter und Verkehrspsychologen verdeutlichen, welche Folgen das alkoholisierte Lenken nach sich ziehen kann. „Wenn wir mehr Sicherheit im Straßenverkehr erreichen wollen, müssen wir das Bewusstsein schärfen, dass Alkohol am

BILDUNG

Kampagne für die Neue Schule

„Heimat bist du großer Söhne und Töchter“ – das ist der Titel der neuen Infokampagne des Bildungsministeriums.



In jedem Kind stecken große Talente, die gut gefördert werden müssen: Das ist der Grundgedanke der neuen Infokampagne.

Mit der Informationskampagne soll die Bedeutung der Bildung für unsere Kinder und die Zukunft unseres Landes unterstrichen werden. „Die neue Kampagne stellt die Kinder in den Mittelpunkt und erinnert an ihr unendliches Potential. Es ist unsere Aufgabe, dieses Potential gut zu fördern“, bekräftigte Bildungsministerin Claudia Schmied. Zahlreiche prominente Unterstützerinnen und Unterstützer, wie z.B. Heinz Fischer, Mirna Jukic oder Maria Schaumayer, erinnern daran, dass die Kinder von heute die großen Söhne und Töchter von morgen sind. Mit dabei ist auch der Pop-Star Christina Stürmer: Sie hat der Bundeshymne ein rockigeres Gewand verpasst. Alle Infos zur neuen Kampagne gibt es unter www.diebildungsreform.at. ♦

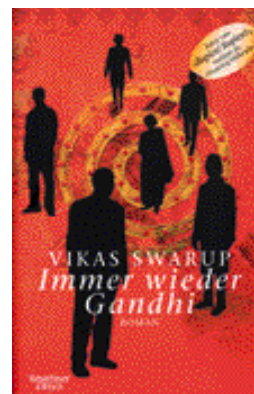
Roman

Immer wieder Gandhi

Nach „Rupien! Rupien“, der Vorlage von „Slumdog Millionär“, erscheint nun der zweite Roman des indischen Erfolgsautors.

Vicky Rai, kaltblütiger Sohn des indischen Innenministers und selbst ein erfolgreicher und korrupter Unternehmer, ist erschossen worden, und das auf dem Fest, das er zur Feier seines Freispruchs schmeißt. Er stand unter Mordanklage, nachdem er das Barmädchen Ruby Gill erschossen hatte: Ruby Gill hatte sich geweigert, ihm nach der Sperrstunde noch einen Drink zu servieren. Der Fall ist heikel, denn die Öffentlichkeit ist empört über Vikky Rais Machenschaften und Arroganz.

Sechs Personen auf der Party haben eine Pistole und könnten ihn somit umgebracht haben, alle sechs hatten aufgrund der aberwitzigsten Geschichten mit Vicky Rai Kontakt. Warum sie ihn kannten, welche unglaublichen Dinge geschahen, die sie zur Party führten, und warum sie sogar ein Interesse an Vicky Tod haben könnten, das erzählt Vikas Swarup dem staunenden Leser auf seine unnachahmliche Weise. Ein Feuerwerk an Ideen und ein Plot, der alle Stückerln spielt – was will man mehr? ♦

☐ Stk.


Vikas Swarup:
Immer wieder Gandhi.
Kiepenheuer & Witsch,
Köln 2010;
622 S., 23,60 €

Wirtschaftstheorie

Arbeit, Kapital und Staat

Unser krisenanfälliges Wirtschaftssystem schreit nach einer demokratisch organisierten Alternative, die den allgemeinen Wohlstand erhöht und gerechter verteilt.

Zur Befriedigung seiner Gewinnansprüche drängt das Kapital auf eine immer ungleichere Verteilung des Sozialprodukts, zuungunsten der Lohnabhängigen. Wirtschaftliche Stagnation und Massenarbeitslosigkeit sind die Folgen. Gewinn ist aber kein Selbstzweck, und die Wirtschaft ist für die Menschen da, nicht umgekehrt. Dies ignoriert auch die Politik. Der Staat zieht sich aus seiner Verantwortung zurück und überlässt die wirtschaftliche Entwicklung

den „Selbstheilungskräften des Marktes“. Hinzu kommt noch eine krisenverschärfende Wirtschaftspolitik.

Nach einer einzel- wie gesamtwirtschaftlichen Kritik rückt Heinz J. Bontrup, Professor für Wirtschaftswissenschaft in Gelsenkirchen, die Alternativen in den Mittelpunkt. Es geht ihm um eine demokratische Wirtschaft, die den allgemeinen Wohlstand erhöht und nicht nur den Reichtum einer kleinen Schicht. ♦

☐ Stk.


Heinz-J. Bontrup:
Arbeit, Kapital und Staat.
PapyRossa Verlag,
Köln 2005;
422 S., 25,50 €

Zeitgeschichte

Keine Zeit für Tränen

Der ergreifende Lebensbericht einer Zeitzeugin, die mit ihrem Buch ein noch wenig beachtetes Kapitel des Holocaust beleuchtet.

Eine jüdische Familie lebt vor Beginn des Zweiten Weltkriegs in Czernowitz. Der Sohn beginnt eine verheißungsvolle Karriere als Geiger und gibt erste Solo-Konzerte. Ruth besucht die Volksschule. Kurz darauf erreicht der grausame Arm der Nazis auch ihr Land: Die Juden werden unter General Antonescu ab 1941 verfolgt und deportiert. Ihre Verschleppung führt letztlich nach Transnistrien, doch kaum einer hält die Märsche im Winter durch. Am Ende sind etwa 270.000 Juden tot, ver-

hungert, erfroren oder ermordet. Auch die Familie aus Czernowitz hat nur eine Überlebende: Ruth. Die 11-Jährige muss das Sterben von Vater, Bruder und Mutter mit ansehen und gelangt wie durch ein Wunder mit einer jüdischen Hilfsorganisation nach Israel, ein Staat in Gründung, in dem sie sich ein Leben als Krankenschwester aufbaut. In den Jahren danach kommt Ruth Glasberg-Gold mit ihrem Ehemann nach Kolumbien und lebt heute mit ihren beiden Kindern in den USA. ♦

☐ Stk.


Ruth Glasberg-Gold
Keine Zeit für Tränen
Edition Steinbauer,
Wien 2009;
238 S., 22,50 €

Unterschrift:

Adresse:

Name:

In der Buchhandlung Löwelstraße

1014 Wien, Löwelstraße 18

Tel: 01/534 27/323 od. 343, Fax: 01/534 27/324, E-Mail: Buchhandlung@spoe.at

Bitte Bestellschein ausfüllen, gewünschte Bücher ankreuzen, abtrennen, einsenden, faxen oder einfach per E-Mail bestellen!



NIEDERÖSTERREICH

SPÖ startet in Gemeinderats-Wahlkampf



Vergangene Woche läutete die niederösterreichische Sozialdemokratie eindrucksvoll den Gemeinderats-Wahlkampf 2010 ein.

Voll bis auf den letzten Stehplatz: So präsentierte sich der große Festsaal der FH St. Pölten beim Gemeinderats-Wahlkampfauftritt der SPÖ-Niederösterreich (SPÖ-NÖ) der unter dem Motto „Wir starten durch“ stand. SPÖ-NÖ-Vorsitzender und LH-Stv. Sepp Leitner begrüßte die rund 650 anwesenden Gemeindevertreter sowie zahlreiche Interessierte und bedankte sich für die harte Arbeit, die 2009 geleistet wurde.

Leitner kritisierte in seiner Rede vor allem das Politikverständnis der ÖVP und ihrem Parteichef Erwin Pröll in Niederösterreich. So hatten beispielsweise die massiven Verluste durch Spekulationen mit niederösterreichischen Wohnbaugel-



„Wir starten durch“ – 650 Gemeindevertreter, Bürgermeister und Interessierte eröffneten mit der SPÖ-NÖ den Auftakt für die Gemeinderatswahlen 2010.

dern keinerlei Konsequenzen für die verantwortlichen Landesräte. „Ich garantiere euch: Und wenn es noch Jahre dauert, diese Causa, dieser Skandal wird bis in das Letzte analysiert. Die Konsequenzen müssen gezogen werden! Diesen Sumpf wird die Sozialdemokratie trocken legen!“, so Leitner.



Bundeskanzler und SPÖ-Parteivorsitzender Werner Faymann würdigte in seiner Rede die wichtige Arbeit der Gemeindevertreter und der Bürgermeister: Sie seien „wichtige Verantwortungsträger und Vertrauenspersonen in unserer Gesellschaft“.

SAMARITERBUND ÖSTERREICH

Katastrophen-Hilfsteam wird nach Haiti geschickt



picturedesk

Nach der Erdbebenkatastrophe auf Haiti bitten ASBÖ und Volkshilfe um Spenden für die Überlebenden.



Nach dem schweren Erdbeben in Haiti schickt der Arbeiter-Samariter-Bund Österreichs (ASBÖ) ein fünfköpfiges Hilfsteam in die Krisenregion. Die Einsatzgruppe wird sich um die medizinische Versorgung und den Wiederaufbau kümmern.

E Das Einsatzteam wird Gerhard Kovatsch ablösen, der sich seit 16. Jänner im Katastrophengebiet befindet und für die Gruppe die Lage vor Ort erkundet hat.

„Unser Einsatzteam kann auf jahrelange Erfahrungen im Wiederaufbau zurückgreifen und hat bereits bei der Tsunami-Katastrophe im Jahr 2004 wertvolle Arbeit geleistet“, sagt ASBÖ-Bundessekretär Reinhard Hundsmüller.

Die wichtigsten Ziele sind nun die rasche medizinische Versorgung der Überlebenden und die Vorbereitungen für einen nachhaltigen Wiederaufbau.

1,3 Millionen Euro für Erstversorgung

Insgesamt stellt die Republik Österreich für die Erstversorgung 1,3 Millionen Euro bereit. „Nach ersten Schätzungen hat ein Drittel der Bevölkerung das Zuhause verloren. Jetzt ist es wichtig, den Menschen wieder Mut und Hoffnung zu geben“, sagte Hundsmüller. Von den 1,3 Millionen

Euro wurden von österreichischer Seite 800.000 Euro für EU-koordinierte Maßnahmen von Bundeskanzler Werner Faymann zugesagt.

Volkshilfe organisiert Spendenaktion

Hilfe für die Erdbebenopfer kommt aber nicht nur vom ASBÖ. Auch die Volkshilfe unterstützt die haitianische Bevölkerung. Beide Organisationen bitten um finanzielle Hilfe, um den Überlebenden, die praktisch mit leeren Händen auf der Straße stehen, Nahrungsmittel, Decken, Notunterkünfte, Wasser und Medikamente zur Verfügung stellen zu können.

HAITI-SPENDENKONTEN

Nachbar in Not, PSK 90 150 300
Volkshilfe - Solidarität leben,
 PSK 1 740 400, BLZ: 60000
 Kennwort HAITI

BURGENLAND

Niessl will mit „Kraftpaket 2010“ Wirtschaft und Arbeitsmarkt stärken



Arbeit, Wirtschaft, Bildung und die Volksbefragung über Eberau – das waren die Themen der Jahresauftakt-Klausur des burgenländischen SPÖ-Landtagsklubs. Schwerpunkt der Tagung war der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit. „Nach dem Krisenjahr 2009 soll 2010 zum Jahr des neuen Aufschwungs werden“, kündigte Landeshauptmann Hans Niessl an.

Um dieses Ziel zu erreichen, wurde das „Kraftpaket 2010“ geschnürt. Die darin enthaltenen Maßnahmen sollen – und zur Verstärkung der im Vorjahr geschnürten Konjunkturpakete – zusätzliche Investitionen und Impulse bringen. Das Paket setzt sich aus bereits vorbereiteten Maßnahmen sowie neuen Aktivitäten und Förderaktionen zusammen. Es reicht von der Sanierungsoffensive über einen Risikokapitalfonds bis zu einem gemeinsamen Investitionsprogramm von Bund, Land und landesnahen Betrieben. Mit den bisherigen „Kraftpaketen“ wurden gute Ergebnisse erzielt,

freute sich Niessl. „2009 hatten wir nach Wien den zweitgeringsten Anstieg der Arbeitslosigkeit und die höchsten Tourismuszuwächse.“ Heuer werden das Burgenland und Salzburg die einzigen Bundesländer mit keinem weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit sein, verwies der Landeshauptmann auf eine AMS-Prognose. Damit diese aber Realität wird, „müssen wir jetzt die Ärmel hochkrempeln“, betonte Niessl und gab die Marschroute vor: „Das Burgenland soll die beste Arbeitsmarktentwicklung aller Bundesländer haben und 2010 bei der wirtschaftlichen Entwicklung „Nummer 1“ sein.“

Neue Mittelschule soll ausgeweitet werden

Bei der Klausur stand auch das Thema Neue Mittelschule (NMS) auf der Tages-



Landeshauptmann Hans Niessl und Klubobmann Christian Illedits präsentieren das Motto der Klausur: „Wir Burgenländer schreiben Zukunft“.

ordnung. Die NMS soll weiter ausgeweitet und die Zahl der Standorte aufgestockt werden. „Die ÖVP muss ihre Blockadepolitik beenden und einer Aufhebung der derzeitigen 10-Prozent-Hürde zustimmen. Dann können weitere acht burgenländische Standorte genehmigt werden“, betonte der Klubobmann der SPÖ Burgenland, Christian Illedits. ♦

SPÖ FRAUEN

Skandal-Urteil ist diskriminierend und Frauen verachtend



Bei familiärer Gewalt muss die Justiz für Diskriminierungen und Genderfragen sensibilisiert werden.

Weil die Messerstiche auf eine Frau mit „allgemein begreiflicher Gemütsbewegung“ begründet wurden, fordert SPÖ-Frauensprecherin Gisela Wurm von der Justizministerin, Fortbildungsprogramme für Richter und Staatsanwälte einzurichten, um diese für Diskriminierungen zu sensibilisieren. Auch Andrea Mautz, SPÖ-Bundesfrauengeschäftsführerin, fordert die Justizministerin auf, klar Stellung zu beziehen und betont: „Es geht darum, Sensibilität zu schaffen, aufzuklären und den betroffenen Opfern – auch mit richterlicher Unterstützung – echte Hilfe anzubieten. Für Gewalt gegen Frauen darf es kein Verständnis geben, Gewalt gegen Frauen darf nicht verharmlost werden.“ ♦



SPÖ-Bundesfrauengeschäftsführerin Andrea Mautz

OBERÖSTERREICH

SPÖ mit „morgen.rot“ auf neuem Weg



Großes Interesse und enormer Diskussionsbedarf prägen den Erneuerungsprozess der SPÖ-OÖ.

Der von SPÖ-Landesparteichef Josef Ackerl initiierte Diskussionsprozess mit dem Titel „morgen.rot“ erfreut sich unter Parteimitgliedern und Freunden der sozialdemokratischen Bewegung großer Beliebtheit. „Das gewaltige Potential der vielen Interessierten, ihre Ideen und Anregungen, aber auch ihre Kritik, sind unser wertvollstes Kapital“, zeigt sich Ackerl über die rege Teilnahme erfreut. Alle Interessierten können auf www.ooe.spoe.at/morgenrot/umfrage mitbestimmen, welchen Projekten und Themen sich die SPÖ Oberösterreich demnächst widmen soll. Begleitend zu den Diskussionen und der Internetpräsenz finden auch zahlreiche Veranstaltungen statt. ♦





Rigaud

KOMMENTAR

Den ORF mitgestalten

SPÖ-Klubobmann und -Mediensprecher Josef Cap sieht die Wahl zum ORF-Publikumsrat als eine wichtige Chance auf aktive Mitgestaltung der österreichischen Medienlandschaft.

„Der Publikumsrat ist ein wesentliches Gremium, das zentral die Zukunft des ORF mitbestimmt und diese demokratische Mitbestimmungsmöglichkeit der Hörer und Seher ist vorbehaltlos zu unterstützen.“

Der österreichische Rundfunk ist das Medienunternehmen aller Österreicherinnen und Österreicher und wird überwiegend durch deren Gebühren finanziert. Daher ist die Teilnahme an der ORF-Publikumsratswahl nicht nur die Wahrnehmung eines demokratischen Rechts, sondern die aktive Mitgestaltung der österreichischen Medienlandschaft. Der ORF als öffentlich-rechtlicher Rundfunk hat eine zentrale demokratie- und gesellschaftspolitische Bedeutung, die es zu erhalten und zu stärken gilt.

Warum ist der Publikumsrat so wichtig? Er ist neben der Geschäftsführung und dem Stiftungsrat das wichtigste Entscheidungsgremium des ORF und vertritt die Interessen des Publikums. Der Publikumsrat setzt sich aus 35 Mitgliedern zusammen – sechs dieser Mitglieder werden von den Rundfunkteilnehmern direkt gewählt. Drei dieser direkt gewählten Publikumsräte werden in den Stiftungsrat entsandt. Der Publikumsrat gibt unter anderem Empfehlungen hinsichtlich der Programmgestaltung und für den technischen Ausbau ab. Durch die Entsendung in den Stiftungsrat haben aber Publikumsräte noch weiterreichende Kompetenzen. Der Stiftungsrat ist unter anderem für die Bestellung des Generaldirektors und die Überwachung der Geschäftsführung, für die Genehmigung von langfristigen Plänen bei Programm, Technik, Finanzen und Personal, die Beschlussfassung des Programmentgelts und die Genehmigung von Kollektivverträgen zuständig. Der Publikumsrat ist daher ein wesentliches Gremium, das zentral die Zukunft des ORF mitbestimmt und diese



picturedesk

Im Gegensatz zu Privatsendern hat der ORF nicht wirtschaftlichen Gewinn, sondern die umfassende Information der Allgemeinheit zum Ziel.

demokratische Mitbestimmungsmöglichkeit der Hörer und Seher ist vorbehaltlos zu unterstützen.

Denn die zentrale Frage lautet: Wie stellen sich die Hörer und Seher ihren Rundfunk im 21. Jahrhundert vor? Welche Wege sollen eingeschlagen werden? Welche Möglichkeiten der Bewältigung von bevorstehenden Herausforderungen gibt es? Der ORF als öffentlich-rechtlicher Sender muss seine Rolle als qualitatives Leitmedium erfüllen. Daher ist im ORF-Gesetz auch klar sein Versorgungsauftrag (drei nationale und neun regionale Hörfunk- und zwei Fernsehprogramme sowie ein Online-Angebot) und sein Programmauftrag geregelt. Im Gegensatz zu Privatsendern hat der ORF nicht wirtschaftlichen Gewinn sondern die umfassende Information der Allgemeinheit über alle wichtigen politischen, sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen und sportlichen Fragen zum Ziel. Der ORF ist der Sender aller Öster-

reicher und bietet daher auch ein breites Programmangebot für alle Bevölkerungsgruppen. Und das soll auch in Zukunft so bleiben, allfälligen Privatisierungs- und Zerschlagungsphantasien und Beschränkungen des Programms sind jedenfalls Einhalt zu gebieten. Ziel muss der möglichst breite und nicht diskriminierende Zugang zu qualitativ hochwertiger Information und Unterhaltung für alle Bevölkerungsschichten sein, was nur durch einen starken öffentlich-rechtlichen Rundfunk garantiert werden kann. Zu diesem Ziel kann durch die Beteiligung an der Wahl zum ORF-Publikumsrat von allen Sehern und Hörern ein wesentlicher Beitrag geleistet werden. ♦

Josef Cap ist seit 1983 Nationalratsabgeordneter. Er ist SPÖ-Mediensprecher und seit 2001 Klubobmann der SPÖ.

TERMINKALENDER

Montag, 25. 1.

Sicherheitskultur im Gesundheitswesen – Strategien zur Verbesserung der Patientensicherheit

Das Karl-Renner-Institut lädt am Montag zu einer Diskussion zu aktuellen Themen aus dem Gesundheitsbereich mit Gesundheitsminister Alois Stöger und Monika Maier, der Geschäftsführerin des Dachverbandes Selbsthilfe Kärnten, ein. Vorab hält Dieter Conen, Präsident der Stiftung für Patientensicherheit in Zürich, einen spannenden Vortrag. Moderiert wird der Abend von Martin Rümmele, Journalist und Experte für Gesundheitswirtschaft.

Information & Anmeldung:

Karl-Renner Institut Tel. 01 – 804 65 01

Beginn: 18.00 Uhr

Urania, Dachsaa

Uraniastraße 1

1010 Wien

KulturTalk: Kultur mit Allen. Kulturvermittlung und Partizipation

Das Karl-Renner-Institut lädt herzlich zum zweiten KulturTalk mit Bundesministerin Claudia Schmied ein. Kulturvermittlung und Partizipation sind zentrale kultur- und bildungspolitische Zielsetzungen der Bundesministerin. Über Erfahrungen, Potentiale und Trends in diesem wichtigen Zukunftsbereich diskutiert Schmied mit Erwin Wurm (Künstler, Professor an der Uni für Angewandte Kunst Wien), Anna Badora (Intendantin des Schauspielhauses Graz), Claudia Egartner (Kunstvermittlerin am Museum für moderne Kunst Wien), Johanna Schwarz (Direktorin der Neuen Mittelschule Mattersburg) und Gerhard Jäger (Art Basic for Children). Die

Veranstaltung wird von Michael Wimmer moderiert.

Information & Anmeldung:

Karl-Renner Institut

Tel. 01 – 804 65 01 0

Beginn: 20.00 Uhr

MuseumsQuartier, Ovalhalle

Museumsplatz 1

1070 Wien

Donnerstag, 28. 1.

Podiumsdiskussion: Kultur trotz(t) Krise

Die Österreichische Gesellschaft für Kulturpolitik lädt am Donnerstag zu einer Diskussion über die Auswirkungen der Finanzkrise auf Kunst und Kultur ein. Am Podium mit dabei sind: Andreas Mailath-Pokorny, SPÖ-Stadtrat für Kulturangelegenheiten in Wien, Josef Kirchberger (Präsident der Österreichischen Gesellschaft für Kulturpolitik), Klaus Hebborn (Beigeordneter für Bildung, Kultur und Sport des Deutschen Städtetages), Rubina Möhring (Journalistin, 3Sat Kulturzeit), Franz Schuh (Schriftsteller und Lektor an der Univ. f. Angewandte Kunst) und Norbert Sievers (Geschäftsführer der Deutschen Kulturpolitischen Gesellschaft).

Information: Herta Straka

Tel. 0664 830 44 48

Beginn: 18.00 Uhr

Kunsthalle Wien,

Museumsquartier

Museumsplatz 1

1070 Wien

Vortrag von Michael Opielka

Im Rahmen der Reihe „Genial Dagegen“ von und mit Robert Misik lädt das Bruno Kreisky Forum für internationalen Dialog zum Vor-

trag von Michael Opielka (Institut für Sozialökologie) unter dem Titel „Gesellschaft für Alle – Der postsozialistische Wohlfahrtsstaat.“

Information & Anmeldung:

einladung.kreiskyforum@kreisky.org

Tel. 01 318 82 60 20

Beginn: 19.00 Uhr

Bruno Kreisky Forum

für internationalen Dialog

Armbrustergasse 15, 1190 Wien

Samstag, 30. 1.

SPIELende Integration

Wie bereits in der letzten Ausgabe von „SPÖ Aktuell“ angekündigt findet am Samstag das Spielturnier der Jungen Generation statt, das Grenzen überwinden will. Die JG Wien möchte Menschen mit und ohne Migrationshintergrund die Möglichkeit geben, sich kennenzulernen, sich auszutauschen und voneinander zu lernen. Beim Turnier werden drei Spiele, unter anderem Backgammon, Tabli und Schnapsen gespielt.

Beginn: 14.30 Uhr

Restaurant Beograd

Schikanedergasse 7, 1040 Wien

IMPRESSUM

Medieninhaber und Herausgeber: SPÖ, 1014 Wien, Löwelstraße 18, Chefredakteur: Alexander Lutz, Chefin v. Dienst: Maga. Ute Pichler, Redaktion: Markus Bacher, Maga. Alexandra Bärthl, Maga. Regine Bohrn, Mag. Gerald Demmel, Maga. Birgit Jung, Martin Oppenauer, Maga. Andrea Schmidt, Andreas Strobl, Susanne Vockenhuber, Bildredaktion: Emil Goldberg, Layout: Thomas Lehmann, Bildbearbeitung: Max Stohanzl, Sekretariat: Michaela Pavelka, Tel: 01/534 27/275, Verlag der SPÖ GmbH, 1014 Wien, Löwelstraße 18, Hersteller: LeykamDruck, Wr. Neustadt, E-Mail: spoe.aktuell@spoe.at, Homepage: www.spoe.at

NET NEWS

Alles zu ORF-Publikumsratswahl online

Alle wichtigen Informationen zur ersten Wahl des Jahres finden Sie unter **www.orf-publikumsrat.at**. Das starke Team der SPÖ wird vorgestellt: Kurzbiographien, Bereichszuständigkeit und ein persönliches Statement von jeder Kandidatin und jedem Kandidaten können nachgelesen werden. Ausführliche Erklärungen zu den Aufgaben und der Zusammensetzung

des Publikumsrates und gute Gründe, warum man wählen sollte, sind ebenso zugänglich wie eine detaillierte Erklärung des Wahlvorganges. Auch Fans von Social-Network-Services wie Facebook und Twitter werden fündig. Unser Tipp: Auf der Homepage findet sich auch das spezielle Wahlformular für die Wahl zum Publikumsrat als Download. ♦

www.orf-publikumsrat.at





Spanischer Ministerpräsident Zapatero besuchte Kanzler Faymann

Jose Luis Zapatero, der spanische Amtskollege von Bundeskanzler Werner Faymann, war dieser Tage zu Besuch in Wien. Dabei durfte auch ein kurzer Stadtrundgang mit einem anschließenden Foto vor dem Stephansdom nicht fehlen.



Null Promille am Steuer – Niki Lauda mit an Bord

„Es wurmt mich, dass die Menschen so deppert sind, betrunken Auto zu fahren“, meint Motorsport-Legende Niki Lauda. Deshalb unterstützt der dreifache Formel 1-Weltmeister auch die von Verkehrsministerin Doris Bures gestartete Kampagne gegen Alkohol am Steuer. Niki Lauda ist ein großes Vorbild und hat große Glaubwürdigkeit, freut sich Bures.



Wiener Neustadt will mehr Polizisten

Wiener Neustadts Bürgermeister Bernhard Müller möchte mehr Schutz für die Bevölkerung und fordert daher mehr Polizisten für die Stadt. Die entsprechende Unterstützungsliste mit rund 4.000 Unterschriften wurde einem Sicherheitsbeauftragten des Innenministeriums übergeben, da Ministerin Fekter den Bürgermeister nicht empfangen wollte.



Darabos schwang beim Offiziersball das Tanzbein

Verteidigungsminister Norbert Darabos glänzte vergangene Woche am Tanzparkett in der Hofburg: Zusammen mit seiner Gattin Irene besuchte er den „Ball der Offiziere“, der heuer unter dem Motto „50 Jahre Auslandseinsätze“ stand.